

Stand: 09.08.2024 07:31:19

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/2660

"Mehr Bock auf Demokratie - Politische Bildung und Demokratie an Schulen stärken!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/2660 vom 02.07.2024
2. Plenarprotokoll Nr. 24 vom 03.07.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Gabriele Triebel, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)**

Mehr Bock auf Demokratie – Politische Bildung und Demokratie an Schulen stärken!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Politische Bildung und das Interesse für Demokratie der Schülerinnen und Schüler an den Schulen systematisch zu stärken.

Dafür sollen folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

1. Demokratie für Schülerinnen und Schüler an den Schulen erfahrbar machen, indem das Bayerische Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) um verbindlich vorgeschriebene Beteiligungsformate wie den Klassenrat und Schülerinnen- und Schülerparlamente erweitert wird und den Schülerinnen und Schülern außerdem ein Mitbestimmungsrecht in Belangen der Schule gesetzlich eingeräumt wird.
2. An allen Schularten ab Jahrgangsstufe 5 einen zweistündigen Politik-und-Gesellschaft-Unterricht verankern, damit es kein Jahr mehr ohne Politische Bildung gibt.
3. Das im Koalitionsvertrag angekündigte Ziel, dass jede Schülerin und jeder Schüler mindestens einmal eine KZ-Gedenkstätte besuchen soll, zum Schuljahr 2024/2025 angehen. Das Ziel dabei soll sein, dass Schülerinnen und Schüler dabei ein durch die Staatsregierung subventioniertes und daher für sie kostenloses pädagogisches Rundgangsangebot wahrnehmen können. Zudem müssen die Lehrkräfte, z. B. durch spezielle Fortbildungsangebote dabei unterstützt werden, diese Besuche entsprechend vor- und nachzubereiten.
4. Die Fächerkombinationen für das Unterrichtsfach „Politik und Gesellschaft“ für das Lehramt an Realschulen und Gymnasien erweitern sowie eine „Initiative Politische Bildung“ anstrengen, um mehr Studierende für Politische Bildung zu begeistern und zu fördern, um schließlich den Anteil an Lehramtsstudierenden im Bereich der Politischen Bildung zu erhöhen. Zudem wird ein verbindliches Modul „Politische Bildung“ für alle Lehramtsstudierenden eingeführt. Nur so können mehr Politik-und-Gesellschaft-Stunden umgesetzt werden, die Professionalität sowie Qualität und schließlich insgesamt die politische Bildung an den Schulen nachhaltig gestärkt werden. Dafür braucht es zudem eine entsprechende Ressourcenausstattung der Universitäten.

Begründung:

Die Notwendigkeit, demokratische Kompetenzen und das Wissen über politische Prozesse in den Schulen zu stärken, wird durch aktuelle Studien belegt. So zeigt die Sinus-Jugendstudie 2024, dass das politische Interesse der befragten Jugendlichen begrenzt

ist. Obwohl sie eine Sensibilität für soziale Ungleichheit aufweisen, haben sie kein gesteigertes Interesse an diesem Thema oder an Politik im Allgemeinen. Im Vergleich zur letzten Erhebung 2020 ist keine erhöhte Politisierung der Jugendlichen festzustellen. Hauptgründe für die politische Abstinenz sind das Gefühl der Einflusslosigkeit und geringes politisches Wissen. Die Schule wird von den Befragten selten als Lernort für Demokratie wahrgenommen. Es wird kritisiert, dass zu wenig politische Bildung erfahren und wenig Gestaltungsmöglichkeiten geboten werden. Die Jugendlichen wünschen sich mehr Mitsprache bei schulischen Belangen und Partizipation bei der Gestaltung des Unterrichts. Und die neueste Studie der Vodafone Stiftung zeigt beispielsweise, dass sich nur noch 5 Prozent der Jugendlichen politisch engagieren und 63 Prozent politisches Engagement für sich ausschließen. Diese alarmierenden Zahlen verdeutlichen, dass dringend Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die politische Teilhabe und das Engagement der jungen Generation zu fördern.

zu 1.: In einer Demokratie sind die Fähigkeiten, Meinungen auszutauschen, andere Meinungen auszuhalten, Kompromisse zu finden und Diskussionen zu führen, von grundlegender Bedeutung. Demokratie bedeutet, dass unterschiedliche Standpunkte nebeneinander bestehen dürfen und müssen, um eine pluralistische Gesellschaft zu gewährleisten. Diese Kompetenzen erlernen Schülerinnen und Schüler jedoch nicht allein durch theoretischen Unterricht, sondern vielmehr durch praktisches Handeln und Mitbestimmen. Ein bedeutender Ansatz, um diese demokratischen Fähigkeiten in den Schulen zu fördern, ist die aktive Partizipation von Schülerinnen und Schülern im Schulalltag. Formate wie der Klassenrat oder Schülerinnen- und Schülerparlamente bieten wertvolle Gelegenheiten, demokratische Prozesse hautnah zu erleben und zu gestalten. Denn beispielsweise im Klassenrat oder in Schulparlamenten haben Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, ihre Meinungen zu äußern, Anliegen zu diskutieren und gemeinsame Entscheidungen zu treffen. Dies lehrt sie nicht nur, wie man seine Meinung konstruktiv vertritt, sondern zeigt ihnen auch, dass ihr Engagement konkrete Auswirkungen haben kann. Dadurch wird die Motivation gestärkt, sich aktiv für Themen einzusetzen, die ihnen wichtig sind. Diese Erfahrungen sind entscheidend für die Entwicklung politischen Engagements und der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Daher sollen Formate, die die Mitwirkung und Kompromissfindung von Schülerinnen und Schülern stärken, verpflichtend ins Schulgesetz aufgenommen werden, um die demokratische Zukunft unserer Gesellschaft zu sichern.

zu 2.: Die Universität Bielefeld führt regelmäßig ein „Ranking Politische Bildung“ durch. Dabei wird die Stellung der Politischen Bildung in den Stundentafeln der Bundesländer für die Sekundarstufen I und II sowie für die Berufsschule analysiert und verglichen. Im letzten, dem fünften Ranking aus dem Jahr 2022 sticht Bayern im Vergleich der Bundesländer erneut deutlich negativ hervor und schneidet wieder besonders schlecht ab. In diesem Durchlauf zeigt sich abermals, dass Bayern systematisch die Politische Bildung in der Stundentafel vernachlässigt. In keinem anderen Bundesland ist beispielsweise der Anteil an Politischer Bildung am Gymnasium in der Sekundarstufe I so gering. Bayern unterschreitet nicht nur den Median um das Vierfache, sondern bietet im Vergleich zu Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Schleswig-Holstein den Gymnasiastinnen und Gymnasiasten weniger als ein Achtel der Unterrichtszeit für Politische Bildung an. Bayern muss das ändern und bereits ab der 5. Klasse das Fach „Politik und Gesellschaft“ in allen Schularten zweistündig einführen, damit es kein Schuljahr ohne Politische Bildung gibt. Durch frühzeitige und kontinuierliche Auseinandersetzung mit politischen Themen können Schülerinnen und Schüler ein Verständnis für demokratische Prozesse, politische Entscheidungen und gesellschaftliche Zusammenhänge entwickeln. Dies trägt dazu bei, dass junge Menschen zu mündigen und informierten Bürgerinnen und Bürgern heranwachsen, die aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft teilnehmen können. Frühzeitige Politische Bildung fördert zudem die Entwicklung von politischer Urteilsfähigkeit, kritischem Denken, Wertekompetenz und demokratischer Partizipation, was essenziell für eine funktionierende Demokratie ist.

zu 3.: KZ-Gedenkstätten sind wichtige außerschulische Lernorte. Denn sie können Schülerinnen und Schülern zum einen durch ihre Funktion als „authentischer“ und „historischer Ort“ die Bedeutung von Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit vermitteln, indem sie die Besucherinnen und Besucher über die von den Nationalsozialisten nach

der sogenannten Reichstagsbrandverordnung verändert wieder eingeführten sogenannten Schutzhaft, das Abschaffen der Grundrechte und die damit verbundene Möglichkeit des Baus staatlich geführter Konzentrationslager sowie der massenhaften Tötung von politisch Andersdenkenden und Menschen, die nicht in das Bild der Nationalsozialisten passten, informieren. Zugleich sind diese ehemaligen Täterorte auch Gedenkorte für die Ermordeten sowie Erinnerungsorte des öffentlichen Erinnerns an die Opfer der NS-Herrschaft, dem sich der Appell und die Aufforderung des „Nie wieder“ seit ihrer Errichtung durch die ehemaligen Häftlinge anschließt. KZ-Gedenkstätten bieten in der Auseinandersetzung mit der Brutalität und dem Schrecken der NS-Herrschaft für die nachfolgenden Generationen einen emotionalen Orientierungspunkt. Darum ist es wichtig, dass jede Schülerin und jeder Schüler einmal eine KZ-Gedenkstätte während der Schullaufbahn besucht. Dieses Ziel hat sich auch die Staatsregierung in ihrem Koalitionsvertrag gesetzt. Die Realität sieht aber anders aus. So besuchten in den letzten drei Jahren beispielsweise nur knapp 10 Prozent der Schülerinnen und Schüler einer Förderschule eine KZ-Gedenkstätte. Von den Schülerinnen und Schülern an Mittelschulen waren es ebenso nur gute 30 Prozent. Hier muss die Staatsregierung endlich tätig werden. Ein wichtiger Punkt dabei ist zudem die Übernahme der Kosten für einen geführten Rundgang. Denn dieser kostet auf der Gedenkstätte Dachau 100 Euro für 30 Schülerinnen und Schüler. Das können sich nicht alle leisten. Darum muss der Freistaat Bayern die Kosten für pädagogische Rundgänge übernehmen. Es darf nicht sein, dass Jugendliche nicht an der Gedenkstättenfahrt teilnehmen, weil sie es sich nicht leisten können. Es gibt bisher keine Fortbildungen an der Akademie für Lehrkräftefortbildung in Dillingen, die Lehrkräfte auf die Vor- und Nachbereitung von KZ-Gedenkstättenbesuchen vorbereitet. Derweil ist es wichtig, Lehrkräfte in diesem Bereich zu unterstützen.

zu 4.: Dass sich junge Menschen immer weniger für Politik interessieren, zeigen auch die rückläufigen Studienzahlen bei den Lehramtsstudierenden. Um Politische Bildung zu stärken, braucht es mehr Lehramtsstudierende mit dem Fach Politik und Gesellschaft (PuG). Derzeit kann man das Unterrichtsfach PuG für Lehramt Gymnasium nur in Kombination mit Deutsch oder Englisch studieren. Das Unterrichtsfach PuG für Lehramt Realschule ist nur in Kombination mit dem Fach Wirtschaft möglich. Hier müssen dringend die Fächerkombinationen, mit denen PuG studiert werden kann, ausgebaut werden. Zudem sind durch das Gesamtkonzept Politische Bildung an bayerischen Schulen alle Lehrkräfte aufgefordert, Politische Bildung in ihren Fächern zu behandeln, werden aber darauf im Studium bisher nicht vorbereitet. Es braucht darum ein verbindliches Modul „Politische Bildung“ für alle Lehramtsstudierenden. Damit die Studienkapazitäten ausgebaut werden können, braucht es natürlich auch entsprechend mehr Kapazitäten an den Universitäten.

Auf Seite 133 steht – vielleicht mit weniger Verve – exakt das, was Sie hier als Neuigkeit verkünden. Ich bedanke mich in diesem Sinne für die Unterstützung dieser Position.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Habt ihr es umgesetzt?)

Bei der Verschuldung der Staaten ist es natürlich genau umgekehrt zu dem, was Sie gesagt haben. Wenn Sie keine Bankenregulierung mit europaweiter Sicherung der Einlagensysteme schaffen, dann wird es dazu kommen, dass wieder die Staaten – und letztendlich der Steuerzahler – Bankencrashes bezahlen müssen. Das führt zu unberechtigter Staatsverschuldung und zu Problemen in Europa. Wir müssen deswegen grundsätzlich für eine Bankenunion sein. Sie braucht allerdings den Schutz der drei Säulen, die wir immer nach vorne gerückt haben, sowie den Schutz des deutschen Einlagensystems. Insofern sind wir da nahe beieinander.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit.

Volkmar Halbleib (SPD): Ich glaube, wir brauchen keine dramatischen Wiederholungen dessen, was im Bund ohnehin läuft.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte, Herr Kollege.

Steffen Vogel (CSU): Herr Kollege Halbleib, was war jetzt die Frage? Gab es irgendeine Frage?

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Dass sie es erkannt haben, aber im Bund nichts tun!)

Vielleicht noch ein Satz. Wir lehnen Ihren Antrag ab, weil er nur auf die Institutsgarantie abstellt. Es gibt aber die kleinen privaten Banken. Im Landkreis Haßberge in Ostunterfranken gibt es die Flessabank und die Castell-Bank. Diese sind von dieser Bürokratie genauso betroffen. Sie trifft nicht nur die Sparkassen und die Genossenschaftsbanken, sondern auch die kleinen Privatbanken; wir müssen auch diese von Bürokratie entlasten. Die kleinen Privatbanken sind in Ihrem Antrag nicht enthalten. Wir lehnen Ihren Antrag deshalb ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierfür werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER und der CSU-Fraktion auf Drucksache 19/2658 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – FREIE WÄHLER, CSU, AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte anzeigen! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Die SPD-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/2677 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion. Gegenstimmen! – FREIE WÄHLER, CSU, AfD. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/2659 mit 19/2661 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss überwiesen.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung bekannt: Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Rechtsanspruch auf